

November 2020

Länderbericht

Multilateraler Dialog Genf



Historischer Tag für Schweizer Christdemokraten – Fusion und Abschied vom "C"

Delegiertenversammlung der CVP beschließt mit deutlicher Mehrheit die Umbenennung in "Die Mitte" und Fusion mit der bürgerlichen Kleinpartei BDP

Olaf Wientzek

Die Schweizer Christdemokraten der CVP stimmen für Wandel und Umbruch. Bei der dezentral durchgeführten Delegiertenversammlung am 28. November fasste die Partei zwei historische Beschlüsse. Erstens bestätigten die Delegierten mit klarer Mehrheit das Votum der im Oktober durchgeführten Urabstimmung der Parteimitglieder und stimmten für die Änderung des Parteinamens in "Die Mitte – Freiheit, Solidarität und Verantwortung". Dadurch wurde der Weg für die Fusion der CVP mit der bürgerlich-moderaten Kleinpartei BDP frei: auch für diesen Schritt wurde das dafür notwendige Quorum von $\frac{3}{4}$ der Stimmen erfüllt. Die Fusion tritt damit am 1. Januar 2021 in Kraft.

Auch die Volksabstimmung über eine in den vergangenen Monaten sehr emotional diskutierte Initiative verlief aus Sicht der CVP-Führung erfolgreich: Die 2015 von Nichtregierungsorganisationen initiierte Konzernverantwortungsinitiative scheiterte knapp.

Hintergrund

Die Diskussion über den religiösen Bezug im Parteinamen ist nichts Neues, sondern beschäftigt die Partei schon seit den 70er Jahren in schöner Regelmäßigkeit. Die Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) war lange tief verwurzelt in den traditionell katholischen Kantonen der Schweiz und im katholisch-konservativen Milieu¹. Nicht zuletzt getrieben durch die Säkularisierung und der daraus resultierenden kontinuierlichen Schrumpfung des eigenen Wählerpotentials versuchte die CVP mit unterschiedlichsten Mitteln seit Jahrzehnten, auch jenseits dieses katholischen Milieus und der "Stammlande" Wähler zu gewinnen. Der Erfolg dieser Bemühungen hielt sich gleichwohl in Grenzen, bei Protestanten und noch mehr bei der wachsenden Gruppe der Konfessionslosen hat die Partei, von Ausnahmen

abgesehen, unverändert einen schweren Stand². Entsprechend sank der Wähleranteil zwar langsam, aber doch sehr stetig von über 23% in den 80er Jahren auf zuletzt unter 12% bei den Wahlen 2015 und 2019. Zwar konnte die CVP bei den Parlamentswahlen vor einem Jahr erfolgreich Schadensbegrenzung betreiben. Eine Trendumkehr gelang allerdings auch nicht. Mehr noch: aufgrund der starken Zugewinne der Grünen fand sich die CVP gar nur noch auf dem 5. Platz wieder. Diese Rangfolge kann in der Schweiz durchaus Konsequenzen haben, denn die sieben Sitze des Bundesrats, der Schweizer Exekutive, werden üblicherweise unter den vier größten Parteien nach der Formel 2:2:2:1 verteilt³. Zwar war dieses Mal der Bundesratssitz der CVP noch nicht akut gefährdet; bei einer Verstärkung der in den vergangenen Jahren zu beobachtenden

¹ Interessanterweise hieß sie bei ihrer Gründung 1912 noch Schweizerischen konservativen Volkspartei und wurde erst 1957 in Konservativ-christlich-soziale Volkspartei und 1970 in CVP umbenannt

² Nach einer [Selects-Fors-Studie](#) zu den Wahlen 2015 erreichte die CVP bei katholischen Wählern 24%, bei Protestanten 4% und bei Konfessionslosen 3% der Stimmen (Gesamtergebnis: 11,6%)

³ Je zwei Sitze für die konservativ-euroskeptische SVP, die FDP und die Sozialisten (SP), einer für die CVP

Wahlrends könnte er jedoch bedenklich ins Wanken geraten. Eine Trendumkehr wurde entsprechend zunehmend dringlicher und gab der Diskussion über eine Namensänderung neue Nahrung.

Der schwerwiegendste - allerdings nicht einzige - Beweggrund für die Namensänderung war jedoch die Aussicht auf eine Fusion mit der bürgerlichen Kleinpartei BDP (Bürgerlich-Demokratische Partei, die ihrerseits bei den Parlamentswahlen von 4,1% auf 2,5% abstürzte). Diese ist inhaltlich ein natürlicher Partner und in einigen traditionell (eher) reformiert geprägten Kantonen (v.a. Bern, Glarus, in Teilen des Aargau, in den protestantischen Gebieten Graubündens, zu geringerem Maß in Zürich), in denen die CVP wenig Land sieht, deutlich besser verankert. Beide Parteien bilden (zusammen mit Abgeordneten der Evangelischen Volkspartei) zudem bereits auf nationaler Ebene eine gemeinsame Fraktion. Als Voraussetzung für eine Fusion verlangt die BDP jedoch den Abschied vom "C" im Parteinamen. Das Parteipräsidium der CVP Schweiz kündigte am 4. September an, eine Namensänderung in «Die Mitte. Freiheit, Solidarität, Verantwortung» zu empfehlen. Eine vom Meinungsforschungsinstitut gfs.bern durchgeführte Umfrage hatte ergeben, dass ein Verzicht auf das C das Wählerpotential auf bis zu 20% steigern könnte. Der neue Name, "Die Mitte" schnitt bei den Parteimitgliedern zwar gut ab, bei möglichen Neuwählern war hingegen die Reaktion in der Umfrage eher lauwarm.

Während die Parteiführung mit einer pragmatischen Argumentation für den Namenswechsel warb, hatten sich prominente CVP-Vertreter, allen voran der einflussreiche Walliser Ständerat Beat Rieder, gegen eine Aufgabe des christlichen Bezugs im Parteinamen ausgesprochen.

Grünes Licht der Basis und Dissonanzen im Vorfeld

Bei einer erstmals im Oktober 2020 durchgeführten Urabstimmung hatten sich die Mitglieder der CVP mit 60,6% für eine Namensänderung ihrer Partei und damit für den Abschied vom "C" im Parteinamen entscheiden. Der neue Name lautet in den jeweiligen Landessprachen «Die Mitte – Le Centre – Alleanza del Centro – Alleanza dal Center» An der erstmalig in der Parteigeschichte durchgeführten Abstimmung beteiligten sich rund 27% der 76.000 Mitglieder. Die Jungpartei

entschied sich noch deutlicher (ca. 67%) für eine Umbenennung.

Auch wenn die Unterstützung für den alten Parteinamen von knapp 40% der CVP-Mitglieder bemerkenswert stark ausfiel, sorgte das Votum bei der Parteiführung für Erleichterung und Zuversicht. Dennoch kam es im Nachgang zu einigen Dissonanzen innerhalb der Partei: So zweifelten einige der Umbenennung gegenüber kritische Parteivertreter an, dass die Urabstimmung den Delegierten ein hinreichendes Mandat für ein Votum zugunsten der Namensänderung gegeben habe. Grund: In der Delegiertenversammlung sei für einen solchen Schritt eine $\frac{2}{3}$ -Mehrheit vonnöten. Die Urabstimmung hätte eine solche jedoch verfehlt. Rein rechtlich hatte die Mitgliederabstimmung zudem keine verbindliche Wirkung für die Delegierten. Die Abstimmung bei der Delegiertenversammlung am 28. November war mithin ein Lackmustest für die Parteiführung: Parteipräsident Gerhard Pfister hatte zuvor deutlich gemacht, dass es keinen "Plan B" gebe und den Ausgang des Votums auch mit seiner politischen Zukunft als Parteipräsident verknüpft. Entsprechend wäre ein Nein der Delegiertenversammlung einem politischen Misstrauensvotum gegenüber der Parteiführung gleichgekommen und hätte eine schwere innerparteiliche Krise ausgelöst.

Das Resultat – Klare Mehrheit für Namenswechsel und Fusion

Zur Erleichterung der Parteiführung fiel das Votum letztlich jedoch bemerkenswert deutlich aus: Insgesamt sprachen sich bei der dezentral an 13 verschiedenen Orten durchgeführten Delegiertenversammlung knapp 85% (325 von 383 Delegierten) für den Namenswechsel aus. Noch deutlicher (336 zu 25 Stimmen) sprachen sich die Delegierten für die Fusion mit der BDP aus. Hier hatte die Hürde mit einem $\frac{3}{4}$ -Quorum der anwesenden Delegierten allerdings auch noch höher gelegen. Nach dem klaren Votum gab sich Parteipräsident Pfister denn auch kämpferisch: Für 2027, das heißt die übernächste Parlamentswahl, rief er das Langzeitziel von 20% und damit einen Anspruch auf die Rückgewinnung des 2003 verlorenen zweiten Bundesratssitzes aus.

Die BDP hatte ihrerseits bereits am 14. November in einer ebenfalls dezentral durchgeführten Delegiertenversammlung mit nur einer Enthaltung den Weg zu einem Zusammenschluss beider Parteien freigemacht.

Weitere Schritte

Durch das Votum wurde die letzte Hürde für eine Fusion mit der BDP genommen – der Schritt wird nun zum 1. Januar 2021 in Kraft treten, der Parteiname wird fortan mit vollem Namen "Die Mitte – Freiheit, Solidarität und Verantwortung" heißen. Dann soll auch ein neues Parteiprogramm erarbeitet werden – dieses dürfte keine fundamentalen Überraschungen bereithalten, sondern auf bestehenden Schwerpunkten und Themen basieren. Im Frühjahr 2021 soll die Wahl eines neuen Präsidiums erfolgen der fusionierten Partei erfolgen.

Wichtig: Die Mutterpartei stellt es ihren Kantonalparteien frei, in den kommenden fünf Jahren darüber zu entscheiden, ob man den Bezug zum alten Parteinamen behalten und damit gegebenenfalls auf lokale Gegebenheiten Rücksicht nehmen möchte. Es ist in der Tat davon auszugehen, dass einige Kantonalsektionen das "C" zumindest zunächst beibehalten werden, darunter sicherlich die CVP im Oberwallis – einer tief katholisch geprägten Hochburg der Christdemokraten und wohl auch in dem ein oder anderen Kanton der Innerschweiz⁴. Hingegen werden andere – wie etwa die CVP Solothurn – ohne Zögern der Mutterpartei folgen.

Rechtlich wird es sich – trotz Namenswechsel – bei "Die Mitte" um keine komplett neue Partei handeln, die Verschmelzung mit der BDP soll per "Absorptionsfusion" durch die CVP erfolgen.

Bedeutung, Chancen und Risiken

Der Schritt der CVP ist in mehrerlei Hinsicht historisch. Es ist zum einen der bisher wohl am weitesten reichende Versuch der Partei zur Erschließung neuer Wählerschichten. Namensänderung

und Fusion mit einer anderen Partei sind gerade auch für das meist von Kontinuität und höchstens graduell Wandel geprägte Parteiensystem der Schweiz keine Alltäglichkeit. Ob das Kalkül der Partei aufgehen wird und in den Wahlergebnissen nun eine Trendumkehr gelingt, werden die kommenden Jahre zeigen.

Für den nun vollzogenen Schritt spricht, dass "Die Mitte" durch die Fusion in größeren Kantonen mit vielen Abgeordneten, in denen die CVP entweder kaum einen Fuß auf die Erde bekommt (Bern) oder nur eine Nebenrolle spielt (Zürich), ihre Position stärken wird können. Inhaltlich sollten sich durch die Fusion die Reibungsverluste in engen Grenzen halten, CVP und BDP sind durch die gemeinsame Fraktionsarbeit durchaus gut miteinander vertraut. Bei grundsätzlichen Fragen sind sich CVP und BDP meist einig. Beide Parteien eint auch ein pragmatischer, konsensorientierter Stil (auf Twitter wirbt die BDP selbstironisch mit dem Leitspruch "Langweilig, aber gut."). Die programmatische Diversität der neuen Partei wird auch nicht größer, als die ohnehin große Vielfalt in der bisherigen CVP. Lokale Animositäten sollten sich (mit Ausnahme vielleicht von Graubünden) in Grenzen halten. Die Parteiführung kann sehr glaubwürdig darlegen, dass die weniger radikalen Schritte des Wandels und der Neuausrichtung bislang nicht die erhofften Früchte getragen haben. Sollte die neue Partei tatsächlich auch zur Stärkung und Konsolidierung der politischen Mitte führen, wäre dies angesichts der zunehmenden Polarisierung zwischen den rechten (SVP) und linken (die sich im Aufwind befindlichen Grünen ebenso wie die immer stärker nach Links blinkenden Sozialisten) Polparteien auch für die Schweizer Politik ein Gewinn. Kann die fusionierte Partei tatsächlich das Wählerpotential ausschöpfen und damit nicht nur den Bundesratsitz verteidigen, sondern gar Anspruch auf einen weiteren erheben, wäre das durchaus ein Paukenschlag und eine erhebliche Stärkung der moderaten Kräfte in der Schweiz.

Diese "Flucht nach vorne" ist gleichwohl mit erheblichen Risiken verbunden. Im Grunde genommen beginnt nach der Fusion nun – wie auch Pfister und CVP-Bundesrätin Viola Amherd bei der Versammlung feststellten – die eigentliche Arbeit. "Die Mitte" steht vor allem für Pragmatis-

⁴ Im Tessin ist der Name PPD Partito popolare democratico: das C fehlte mithin bereits

mus und Kompromissbereitschaft und -fähigkeit. Das allein ist jedoch noch kein griffiges Programm. Zu zeigen, wofür "die Mitte" inhaltlich steht und klare kantige Vorschläge zu formulieren, wird eine Herausforderung für die Partei. Das "C" im Parteinamen war schließlich auch ein Label, hinter dem sich Vertreter sehr unterschiedlicher sozioökonomischer Gruppen versammeln konnten. Diese symbolische Klammer entfällt nun und wird wohl mit inhaltlicher Schärfung kompensiert werden müssen. Kritiker wenden zudem ein, dass der Abschied vom "C" im Parteinamen ein viel zu hoher Preis für eine Fusion mit einer BDP ist, die zuletzt selbst kaum noch mehr als 2% der Stimmen mobilisierte und für die sich die Überlebensfrage viel dringlicher stelle als für die CVP. Umgekehrt riskiere man hingegen eine Entfremdung bei Stammwählern, für die der christliche Bezug im Parteinamen ein Wiedererkennungsmerkmal gewesen sei.

Überdies ist alles andere als sicher, ob es tatsächlich gelingt, allein das bisherige Wählerreservoir beider Parteien auszuschöpfen. Bei den Wahlen zum Aargauer Kantonsparlament im Oktober hatte die CVP zwar leichte Zugewinne (+0,7%) verbuchen könnten. Das gesamte Stimmenreservoir der nicht mehr angetretenen BDP (2016: 2,7%) hatte sie jedoch nicht abschöpfen können. Es ist mithin auch möglich, dass Teile der Wählerschaft nach der Fusion zu anderen Parteien abwandern.

Ein Schweizer Sonderfall

Auch in anderen christdemokratischen Parteien insbesondere Westeuropas gibt es immer wieder Diskussionen über die Rolle des "C" im Parteinamen. Unabhängig vom Erfolg oder Misserfolg der kommenden Jahre wird jedoch die Erfahrung der CVP, wenn überhaupt, dann nur sehr begrenzt auf andere Länder übertragbar sein.

Die Namensänderung ist eng mit der vielleicht historisch letzten Chance einer Vereinigung mit der BDP und damit einer besonderen Konstellation geschuldet. Dass es regionalen Unterorganisationen der Partei freisteht, ob sie gleichfalls die Umbenennung nachvollziehen werden, ist wohl ebenfalls eine Schweizer Besonderheit. Die De-

batte über den christlichen Bezug im Parteinamen ist im Grunde eine sehr alte und hatte schon um 1970 stattgefunden, als sich weder das Ausmaß der Säkularisierung noch der langsame aber stetige Abstieg der CVP in der Wählergunst abgezeichnet hatte.

Zudem gibt es auch Beispiele christdemokratischer (Volks-)Parteien in anderen europäischen Ländern, die es – mal temporär, mal dauerhaft – unter anderen Umständen erfolgreich geschafft haben, über das eigene weltanschauliche Milieu hinaus Stimmen zu gewinnen – ohne das C im Parteinamen aufzugeben.

Schweizer Politik: Nein zur "Konzernverantwortungsinitiative"

Einen Erfolg konnte die CVP-Parteiführung auch bei den Volksabstimmungen am 29. November verbuchen: Sowohl die Kriegsgeschäftsinitiative⁵ wie auch die Konzernverantwortungsinitiative (KVI) scheiterten. Die CVP hatte sich für eine Ablehnung beider Initiativen stark gemacht. Ziel der KVI war die Einführung einer weitreichenden Haftung für die Aktivitäten von Schweizer Unternehmen im Ausland. Diese hätte sich auf die gesamte Wertschöpfungskette und auch auf Tochtergesellschaften Schweizer Unternehmen bezogen. Im Vorfeld hatten sich die großen Parteien des bürgerlichen Lagers (SVP, FDP, CVP), der Wirtschaftsverband EconomieSuisse und der Arbeitgeberverband gegen die Initiative ausgesprochen. Befürworter der bereits 2015 lancierten Initiative waren neben Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Sozialisten und Grünen, auch die Grünliberalen, die BDP (!), die Evangelische Volkspartei und die Kirchen. Die Initiatoren argumentierten, dass die Initiative zur besseren Einhaltung von Menschenrechts- und Umweltstandards durch Schweizer Unternehmen führen würde – auch in Ländern mit einer kor-

⁵ Die Initiative verlangte, Die Initiative verlangt, dass die Nationalbank, Stiftungen und Rentenkassen keine Unternehmen mehr finanzieren dürfen, die mehr als fünf Prozent ihres Umsatzes mit Kriegsmaterial machen (betroffen wäre auch der Kauf von Anlagenpaketen die Aktien solcher Unternehmen enthalten)

rupten oder machtlosen Justiz. Die Gegner kritisierten, dass die Initiative über das Ziel hinaus-schieße, Schweizer Unternehmen eine nicht realisi-erbare Überwachungsaufgabe von rechtlich eigenständigen Lieferanten aufbürde und letz-lich auch den Wirtschaftsstandort der Schweiz treffe. Zudem würde die Initiative Partner in Dritt-ländern abschrecken und in die Arme von Unter-nehmen aus Ländern treiben, denen Umwelt-oder Menschenrechtsstandards komplett gleich-gültig seien. Nachdem die Befürworter in Umfra-gen lange sehr deutlich in Führung gelegen hat-ten, scheiterten sie bei der Abstimmung am 29. November knapp: Zwar sprach sich eine knappe Mehrheit der insgesamt Abstimmenden (50,7%) für die Annahme aus, allerdings verfehlte sie das notwendige "Ständemehr" (8,5: 14,5), das heißt die Befürworter gewannen nur in acht Kantonen

und einem "Halbkanton". Vom Tisch ist die Frage nachhaltiger Lieferketten jedoch trotz Ablehnung nicht: nun wird ein abgemilderter, wesentlich von der CVP mitgeprägter Gegenvorschlag in Kraft treten, der auf verstärkte Sorgfalts- und Transpa-renzpflichten sowie Bußen setzt. Dass die Initiati-ve schweizweit immerhin eine knappe Mehrheit erzielen konnte, ist gleichwohl ein klares Signal, dass die Einhaltung von Menschenrechts- und Umweltstandards durch Unternehmen von den Bürgern auch deutlich über das linke politische Spektrum hinaus als ein wichtiges Thema ange-sehen wird.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Olaf Wientzek
Leiter Multilateraler Dialog Genf
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de
olaf.wientzek@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)